

Forum Eine Welt

Herausgeber: SPD-Landesverband NRWSPD
40213 Düsseldorf
Ausgabe 01/2025 (Februar)



EDITORIAL

Zu sagen, die Welt sei im Umbruch, beschönigt die Lage. Ein Umsturz ist im Gange. Die Signale aus Washington sind von ver- und zerstörender Wucht. Internationale Zusammenarbeit nach vereinbarten Regeln und transatlantische Wertegemeinschaft waren gestern. Das große Ringen der Imperien hat begonnen. Zu viele Schaltstellen der Macht sind global mit autokratischem Personal besetzt. Europa wird alle Kraft aufbringen und bündeln müssen, will es noch eine Rolle spielen. Wer kann sagen, wohin das alles noch führt? Ist alles verloren? Hat Demokratie, wie wir sie kennen und schätzen, noch eine Zukunft? Ja, aber wir werden uns umstellen müssen. Globale Schockwellen hat die vom Team Musk/Trump in einem frühen Akt der „Disruption“ brutal in die Wege geleitete Liquidation von USAID ausgelöst. **Stephan Klingebiel** geht in seinem Beitrag der Frage nach, ob wir uns vor diesem Hintergrund entwicklungspolitisch in einer Abwärtsspirale oder Neuorientierung befinden.

Sowohl der gewachsene Rechtfertigungsdruck, unter dem die Entwicklungszusammenarbeit steht, als auch der Kahlschlag bei USAID sind Anlass für **John Contentius**, Bedeutung und Wert der EZ neu zu vermessen. Anders als der mächtigste Mann der Welt, bei dem er sich fragt, ob dieser „sich hier sehenden Auges selbst um wertvolle Einflusszonen beschneidet oder vielmehr das

Potenzial der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe als außenpolitisches Instrument überschätzt“, kommt John zu dem Schluss, dass Deutschland ein Interesse an einer robusten Entwicklungszusammenarbeit als außenpolitische Instrument haben sollte. Daran den Rotstift anzulegen, hält er für ein riskantes Manöver.

Es lohnt auch ein Blick auf andere Akteure und eine andere Ebene globaler Zusammenarbeit. Im Gespräch mit **Martin van der Pütten** geht es um Städte und Gemeinden, die durch Vernetzung sowie freie und direkte Kooperation unterhalb der nationalstaatlichen Ebenen eine immer wichtigere Rolle bei der Bewältigung globaler Herausforderungen übernehmen. Sie können dann gleichsam als Soft Power diplomatisches, politisches und kommunikatives Handeln entwickeln und so grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufrechterhalten, wenn es zwischenstaatlich nicht gut läuft.

Last not least verweist der Bericht von **Ingrid Heinlein** über die Lieferkettenbeschwerden bei REWE und METRO auf die wichtige Rolle von zivilgesellschaftlichem Engagement. Auch kleine Schritte machen die Eine Welt lebenswerter.

Drücken wir die Daumen für den 23. Februar!
Reinhard Hermle
Vorsitzender Forum Eine Welt der NRWSPD

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL

Abwärtsspirale oder Neuorientierung? Entwicklungspolitische Debatten in Deutschland im Zeichen amerikanischer Destruktion

Von **Stephan Klingebiel**, IDOS **S.3**

Entwicklungszusammenarbeit als außenpolitisches Instrument

Von **John Contenius**, GIZ **S.5**

„Die Rolle der Städte bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wird immer wichtiger“

Gespräch mit **Martin van der Pütten**, Stadt Dortmund **S.7**

Lieferkettenbeschwerden bei REWE und METRO

Von **Ingrid Heinlein**, ehem. Vors. RichterIn am Landesarbeitsgericht **S.10**

SPD-Regierungsprogramm 2025 **S.12**

KURZNACHRICHTEN **S.13**

AUS DER ARBEIT DES FORUM EINE WELT

- Jahresklausur
- Erklärung zum Tabubruch von **Friedrich Merz**, CDU am 29.01.2025 **S.15**

MATERIAL/MEDIEN **S.17**

ZUM MITMACHEN/VERANSTALTUNGEN **S.17**

Abwärtsspirale oder Neuorientierung? Entwicklungspolitische Debatten in Deutschland im Zeichen amerikanischer Destruktion

Stephan Klingebiel, German Institute of Development and Sustainability (IDOS), Bonn, Leiter des Forschungsprogramms „Inter- und transnationale Kooperation“.



© IDOS

Entwicklungspolitik gehört gemeinhin nicht zu den Politikfeldern, die als besonders wichtig eingeschätzt werden. Doch aktuell ist es in den USA und auch in Deutschland ein Brennglas für zentrale Debatten.

Eine der ersten Maßnahmen von Donald Trump am Tag seiner Amtseinführung war eine Executive Order, die das amerikanische entwicklungspolitische System zunächst einfrieren und grundlegend innerhalb der ersten 90 Tage neu bewerten sollte. Doch was

sich seither abzeichnet, läuft auf etwas ganz anderes hinaus: Was Donald Trump, Elon Musk und die gesamte Machtelite inzwischen betreiben, ist nicht einfach Disruption, sondern systemische Destruktion des Staates – wie der Historiker Timothy Snyder vor wenigen Tagen in „The Logic of Destruction“ beschrieben hat. Snyder hat recht: Die USA sind in großen Schritten dabei, ein Land zu sein, das von wenigen Superreichen mit deren kruden Weltsichten bestimmt wird.

Der weltweit größte Geber zieht sich – mit sehr wenigen Ausnahmen – abrupt zurück und hinterlässt eine Lücke, die nicht zu schließen ist. Lokale Programme, etwa zur Gesundheitsversorgung von HIV/AIDS-Patienten, kommen zum Erliegen. USAID, die mächtige bilaterale Entwicklungshilfeagentur der USA, wurde innerhalb weniger Tage systematisch ausgehöhlt und hat de facto aufgehört zu existieren. UN-Entwicklungsorganisationen können ihre Arbeit kaum noch fortführen, und politische Abstimmungsprozesse mit den USA zu entwicklungspolitischen Themen, etwa bei der OECD, kommen zum Stillstand. Für China, Russland und andere Akteure eröffnet sich dadurch ein ganz neues Spektrum für Einflussnahme in Ländern des Globalen Südens.

Drei Optionen in der deutschen Entwicklungspolitik

Der US-amerikanische Kurs ist für unsere Debatten und deutsches Regierungshandeln von enormer Bedeutung. In Deutschland verlaufen die entwicklungspolitischen Diskurse in den letzten Monaten entlang von drei Optionen:

(1) Die klassische entwicklungspolitische Perspektive: Entwicklungspolitik wird weiterhin als Instrument zur Verringerung globaler Ungleichheiten und einer globalen Nach-

haltigkeitsagenda (Stichwort: SDGs) gesehen. Argumente sind dabei unfaire Strukturen (z. B. fehlende Mitwirkungsmöglichkeiten bei internationalen Finanzinstitutionen), Klimaschäden, die vor allem historisch und aktuell durch die USA und Westeuropa verursacht wurden, sowie von einigen als „koloniale Kontinuitäten“ bezeichnete Abhängigkeitsverhältnisse. Gelegentlich wird aber auch auf ein christliches Menschenbild Bezug genommen.

(2) Die geopolitische Neuausrichtung: Diese Perspektive fordert eine grundlegende strategische Neuausrichtung der Entwicklungspolitik. Das Politikfeld soll stärker in wirtschaftliche und geopolitische Interessen eingebunden werden – nicht zuletzt, um China und Russland etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig soll die Entwicklungszusammenarbeit deutlich stärker deutschen Unternehmen zugutekommen.

(3) Die skandalisierende Ablehnung: Eine wachsende Strömung, insbesondere vonseiten der AfD auf den Weg gebracht, setzt auf die Skandalisierung einzelner Projekte. Ein Beispiel ist die Kampagne gegen das weithin bekannte „Radwege in Peru“-Projekt, das mit falschen Zahlen erfolgreich aufgebauscht wurde – ein Narrativ, das inzwischen auch von einigen demokratisch ausgerichteten Bundestagsparteien aufgegriffen wurde. Die logische Schlussfolgerung dieser populistischen Argumentation: massive Kürzungen in der Entwicklungspolitik!

Die meisten demokratischen Parteien im Bundestag kombinieren Elemente aus der 1. und 2. Option – wobei die Gewichtung zum Teil erheblich auseinandergeht. Insbesondere bei den politischen Größen fast aller Parteien und zunehmend in der breiten gesellschaftlichen Sicht kommt eine Unterstützung für Option 1 kaum noch vor.

Zunehmend verfangen Argumente der 3. Option, zumal unter den prägenden Vorzeichen der öffentlichen Haushaltsengpässe. In der deutschen Debatte wird häufig übersehen, dass Entwicklungspolitik längst ein geopolitisches und geoökonomisches Instrument ist. Ein Beispiel: 2022 und 2023 flossen jeweils über zwei Milliarden Euro aus entwicklungspolitischen Mitteln in die zivile Unterstützung der Ukraine – und auch 2024 und 2025 dürfte dieser Trend anhalten. Das ist weit mehr als nur ein Detail, denn hier geht es direkt um deutsche und europäische Sicherheitsinteressen. Die Global Gateway-Initiative der EU – das massive Prestigeprojekt, um Chinas Einfluss in Afrika und anderen Regionen zu begrenzen – speist sich in weiten Teilen auf entwicklungspolitischen Mitteln. Ähnliches gilt für die Stabilisierung der Sahel-Region, die für Europas Sicherheit eine Schlüsselrolle spielt. Und auch Programme zur Emissionsreduktion in dynamischen Schwellenländern werden überwiegend aus entwicklungspolitischen Budgets finanziert.

Fazit

Die Politik der Trump-Administration könnte populistischen Strömungen in Deutschland zusätzlichen Auftrieb verleihen. Was Donald Trump, Elon Musk und die gesamte Machtelite inzwischen betreiben, ist in Snyders Sinne die Zerstörung des legitimen Staates. Dieses Muster zeigt sich in vielen Politikfeldern, auch in der Entwicklungspolitik, und dürfte für populistische und rechtsnationalistische Kräfte in Deutschland und Europa als Vorbild dienen.

Dieser Beitrag erschien am 07. Februar 2025 zuerst in leicht anderer Form bei „Table Briefings“, <https://table.media/africa/standpunkt/abwaertsspi-rale-oder-neuorientierung-entwicklungspolitische-debatten-in-deutschland-im-zeichen-us-amerikanischer-destruktion/>; mit freundlicher Genehmigung des Autors hier übernommen.

Entwicklungszusammenarbeit als außenpolitisches Instrument

John Contentius, GIZ-Berater (Abteilung Global Policy & Governance), Vorstandsmitglied des Forum Eine Welt



So besonders dieser Bundestagswahlkampf 2025 aus diversen Gründen ist, so bleibt eine bedauernswerte Kontinuität weiter bestehen – die Degradierung der Entwicklungszusammenarbeit zu einem Randthema. In den öffentlichen Statements, Diskussionsrunden und Wahlprogrammen sucht man Passagen, die globale Gerechtigkeit oder internationaler (Entwicklungs-)Zusammenarbeit zum Thema machen oder wenigstens implizite Hinweise auf die SDGs liefern, teils vergebens. Gleichwohl „beschließt“ die CDU eine eigene Agenda 2030, was allerdings keineswegs mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen in Verbindungen zu bringen ist, sondern vielmehr ihre Ideen einer natio-

nen Wirtschaftspolitik umschreibt. Entweder ist niemandem im Konrad-Adenauer-Haus aufgefallen, dass „Agenda 2030“ als Bezeichnung für ein internationales Rahmenwerk bereits gesetzt ist oder man hält den globalen Aktionsplan in der CDU für so irrelevant und unbekannt, dass eine Namensdoppelung keine weitere Irritation hervorrufen würde. Schlimmstenfalls stimmt sogar beides. Während die Agenda 2030 der Vereinten Nationen als Leitbild für eine gerechte Globalisierung bei Union und FDP im vergangenen Bundestagswahlprogramm jeweils noch benannt wurde, findet sich in diesem Jahr keinerlei derartiges Bekenntnis (anders bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE).

Gleichzeitig steht die Entwicklungspolitik unter einem nie dagewesenen Rechtfertigungsdruck. Die Diskursverschiebung, welche internationale Perspektiven und globale Gerechtigkeit als Eigenwert weitläufig übergeht – was beispielsweise in der aktuellen Debatte mit stellenweise martialisch-kritischem Vokabular zu den gesetzgeberischen Regeln für unternehmerische Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten Ausdruck findet – setzt den Fokus auf Entwicklungszusammenarbeit als politisches Instrument. Dabei sollen mit jenem Instrument ganz unterschiedliche Ziele erreicht werden: Klimaschutz, Sicherheit, Fachkräftegewinnung, Wirtschaftsförderung, Migrationsmanagement. Was sie in ihrer Unterschiedlichkeit alle eint? Sie sind interessensgeleitet. Denn in jener gleichen Logik wird die Entwicklungszusammenarbeit als Mittel zur Einflussnahme und zur Durchsetzung von Interessen betrachtet. Wenngleich die Zwecke je nach politischem Lager unterschiedlich liegen, so wird die Entwicklungszusammenarbeit als Mittel dabei nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Der mögliche nächste Bundeskanzler Friedrich Merz

spricht von Entwicklungszusammenarbeit, welche **„integraler Bestandteil einer von deutschen Interessen geleiteten Außenpolitik sein“** müsse. Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze beschreibt Entwicklungspolitik als **„soft power“**, welche Vertrauen schaffe und der Grund dafür sei, **„warum Deutschland in der Welt hohe Anerkennung erfährt“**. Jener entwicklungspolitische Minimalkonsens ist ein positives Signal, denn dass es auch gänzlich anders geht, zeichnet sich momentan im größten Geberland, den USA, ab. Erstaunlicherweise begründet Präsident Donald Trump seinen anvisierten Kahlschlag bei der Entwicklungsbehörde USAID ebenfalls als interessensgeleitet. Und das obwohl neben den verheerenden, unmittelbaren Folgen für Millionen von Menschen, Systemrivalen wie China, Russland und andere in die fortan klaffende Finanzierungslücke stoßen, die eigene Position damit stärken und die der USA schwächen könnten. Beschneidet sich hier sehenden Auges der mächtigste Mann der Welt selbst um wertvolle Einflusszonen oder wird vielmehr das Potenzial der Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe als außenpolitisches Instrument überschätzt?

Eine verlockende Versuchsanordnung zur Überprüfung dieser These, scheint der entwicklungspolitische Rückzug der USA zu bieten. Die jüngsten Entwicklungen in Syrien, der Sahelzone und anderswo laden ebenfalls zu vergleichbaren Analysen ein. Nichtsdestotrotz wird die empirische Bestimmung des außenpolitischen Faktors weder verifizierbar noch falsifizierbar sein, stattdessen vielmehr eine hermeneutische Annäherung bleiben. Denn die Wirkungen von Entwicklungszusammenarbeit sind nicht immer direkt messbar und deren Zeithorizonte eher in Jahrzehnten als in Jahren abbildbar. Welchen tatsächlichen Faktor Entwicklungszusammenar-

beit in der Außenpolitik spielt und wie groß dieser in einer stets multifaktoriellen Umgebung ist, bleibt schwer zu bestimmen und ist ohnehin eher fallspezifisch als pauschal zu bewerten.

Bei aller Unschärfe gibt es überzeugende Argumente, wieso insbesondere Deutschland ein Interesse an einer robusten Entwicklungszusammenarbeit haben sollte. In einer multipolaren Welt ist diese mehr denn je eine Investition zur Sicherung der eigenen Konkurrenzfähigkeit im Wettbewerb um Rohstoffe und Marktzugänge. Es ist unstrittig, dass Deutschlands exponierte Rolle dabei mit seinem internationalen Engagement zusammenhängt. Entwicklungszusammenarbeit als **“soft power“** ist vor allem dort ein wirkungsvolles Instrument, wo herkömmliche Diplomatie an Grenzen stößt. Ob als Türöffner, Brückenbauer oder Durchlauferhitzer, außen(wirtschafts)politisch lässt sich an Themen der Entwicklungszusammenarbeit passgenau anknüpfen. Sie leistet nicht nur Grundlagenarbeit für nachhaltige Kooperation, sondern auch umgekehrt lassen sich internationale Beziehungen durch Entwicklungszusammenarbeit in Wert setzen und verstärken. Den Rotstift an das eigene Erfolgsmodell anzulegen wäre ein riskantes Manöver.



© BMZ

Die Rolle der Städte bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wird immer wichtiger“

Gespräch mit **Martin van der Pütten**,
Leitung Internationale Beziehungen und
Chief International and Diplomacy Officer,
Stadt Dortmund



Was genau versteht man unter Städtediplomatie bzw. Urban Diplomacy?

Städtediplomatie bzw. Urban Diplomacy beschreibt die internationale Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Und damit ist die ganze Bandbreite gemeint, vom Jugendaustausch in den Partnerstädten bis hin zur Teilnahme von städtischen Vertreter*innen an G7-Treffen. Städte-Diplomatie ergänzt die traditionelle zwischenstaatliche Diplomatie - denn Städte sind wertvolle Akteure in den internationalen Beziehungen.

In Dortmund definieren wir es so: Städtediplomatie ist Treiber von Innovation, Sicherung von Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Frieden. Wir setzen sie ein bei Städte- und Projektpartnerschaften, Fachaustauschen, gemeinsamen Erklärungen, in Netzwerken und im internationalen Mehrebenensystem, etwa den Vereinten Nationen.

Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Das ist eine Reaktion auf die sich verändernde Dynamik der internationalen Beziehungen. Die Rolle der Städte bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wird immer wichtiger. Gleichzeitig kann der Austausch freier und direkter gestaltet werden. Wir Städte unterliegen der kommunalen Selbstverwaltung, wir müssen nicht jeden Schritt, den wir mit unseren internationalen Partnern machen, mit einer „höheren Ebene“ abstimmen. Wir sind fernab des Protokolls.

Städtepartnerschaften dienen der Völkerverständigung. Um sich anzunähern, standen traditionell meist Bildungs- und Kulturprojekte beim gegenseitigen Austausch im Vordergrund. Heute geht es mitunter auch um knallharte wirtschaftliche Interessen.

Geht es dabei vor allem um punktuelle, bilaterale Kooperationen oder bestehen inzwischen übergreifende Netze der Zusammenarbeit? Und wie übergreifend sind die Netze, sind Nord-Süd-Ost-West gleichermaßen beteiligt?

Städtediplomatie besteht aus vielen Instrumenten. Mit dem globalen Norden tauschen wir uns durch Netzwerke wie Eurocities aus. Die Entwicklungszusammenarbeit mit dem globalen Süden ist uns ebenso wichtig. So sind wir vor kurzem eine Städtepartnerschaft mit Kumasi in Ghana eingegangen. Ein Fokus liegt hier auf dem Thema „Nachhaltige

Textilien“. Wir sehen die Partnerschaft als Möglichkeit, Wissen auszutauschen, die internationale Arbeit der Stadt Dortmund global zu präsentieren und voneinander zu lernen.

Steht urban diplomacy in Konkurrenz zur staatlichen Außenpolitik oder ergänzt sie diese auf einer anderen Ebene? Ist sie auch so etwas wie „soft power“, die andere Handlungsmöglichkeiten hat als Regierungen?

Urban Diplomacy ergänzt die staatlichen internationalen Beziehungen.



Eine Soft-Power ist sie schon lange nicht mehr. Vielleicht

wird sie in Deutschland seitens der Bundesregierung noch so gesehen. Andere Länder haben schon längst das Potenzial erkannt und investieren massiv in das kommunale Wissen und deren Auslandsbeziehungen.

Wenn politische Turbulenzen die Beziehungen zwischen Ländern auf nationaler Ebene negativ beeinträchtigen, bietet die Städtediplomatie Alternativen und kann dafür sorgen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten. Ein aktuelles Beispiel sind die stabilen transatlantischen Beziehungen nach der US-Wahl.

Städtediplomatie schafft Vertrauensräume und bringt internationale Themen in die Öffentlichkeit. Städte haben einzigartige Stärken und Ressourcen: Wirtschaft, Kultur, Werte wie Diversität und Nachhaltigkeit oder Innovation. Städtediplomatie kann diese Stärken nutzen, um Einfluss auszuüben und internationale Beziehungen zu gestalten – ganz im Sinne des Soft Power-Konzepts.

Welche Themenfelder stehen bei der internationalen Kooperation von Kommunen und Gemeinden im Vordergrund?

Lokale Umsetzung der Agenda 2030, Klimaschutz, Migration, Wissenschaft, Wirtschaft, Jugend, Innovation, Demokratieförderung, Bekämpfung von Desinformation – das sind nur einige der Themen, bei denen wir international kooperieren.

Du leitest den Bereich Internationale Beziehungen der Stadt Dortmund. Worin besteht die Arbeit? Was heißt für euch urban diplomacy konkret?

Das Team „Internationale Beziehungen“ ist mit zehn Mitarbeitenden direkt im Amt des Oberbürgermeisters angedockt und bearbeitet die Themenfelder Internationales, Europa, Nachhaltigkeit sowie die globale humanitäre Hilfe.

Konkret bedeutet Urban Diplomacy: Wir fördern Städtepartnerschaften und Projektpartnerschaften, besetzen Themen in der Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, treiben den Wissenschaftsaustausch und interkultureller Zusammenarbeit voran und beantworten Fragen von Zuwanderung und kommunaler Daseinsvorsorge – im internationalen Kontext. Nach innen ist Urban Diplomacy die Brücke zu den Bürger*innen und kommuniziert klar und verständlich internationale Prozesse und Ereignisse – auch in die Verwaltung hinein. Nach außen gerichtet unterhält Urban Diplomacy – auch über die Städtetzwerke – Beziehungen zu anderen Regierungsebenen im eigenen Land sowie zu Organisationen der Vereinten Nationen, die aufgrund ihres Mandats mit Städten eng zusammenarbeiten.

Wir erleben eine Zeit, in der rechte Parteien Zulauf haben. Viele Leitstellen der Macht weltweit sind mit autokratischem, radikal nationalistischem Personal bestückt, zum

Teil aus freien Wahlen hervorgegangen. Die Ideen von internationaler Solidarität und fairem Multilateralismus scheinen mehr und mehr ins Hintertreffen zu geraten. Hat urban diplomacy das Potential, diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen? Wie ist Deine Einschätzung?

Das hoffe ich. Dieses Potential hat Urban Diplomacy. Denn Städte können durch ihre Vernetzung und Zusammenarbeit die Demokratien stärken. Sie bieten pragmatische Ansätze und praktische Lösungen für die globalen Herausforderungen; sie können als bürgernahe und vertrauenswürdige Ebene flexibel auf lokale Bedürfnisse reagieren und für Wohlergehen sorgen. Urban Diplomacy steht für Flexibilität und unkomplizierte Vernetzung.

Wird diese Arbeit hinreichend unterstützt oder was müsste mehr noch geschehen?

Ich wünsche mir eine stärkere Einbindung der Kommunen durch die nationalen Ebene bei internationalen Prozessen. In Kommunen schlummert enormes Wissen in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, dies bleibt weitestgehend ungenutzt. Dies kann auch dazu beitragen, die Außenpolitik bürgernäher zu gestalten und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Es muss mehr ernstgemeinte Kooperation, mehr Austausch zwischen Bund, Land und Kommune entstehen. Denn Städte und Gemeinden können in der internationalen Zusammenarbeit Brücken bauen, insbesondere in Bereichen wie Klimaschutz, Migration, nachhaltige Entwicklung und Demokratieförderung.

Die Fragen stellte Reinhard Hermle



Dortmunder Delegation besucht Erbebegebiet Hatay 2023 © Stadt Dortmund



Urban Diplomacy © Stadt Dortmund



10 Jahresfeier von 'Connective Cities' am 4.12.2024 beim Deutschen Städtetag in Berlin, © Raquel Gómez Delgado, Connective Cities

Lieferkettenbeschwerden bei REWE und METRO

Ingrid Heinlein, ehem. Vors. Richterin am Landesarbeitsgericht in Düsseldorf; Sprecherin der Fachgruppe Internationales der Neuen Richtervereinigung; Mitglied des Forum Eine Welt der NRWSPD



Der *roll back*, den wir im Lieferkettenrecht erleben, ist besorgniserregend. Wurde das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

am 21. Juni 2021 noch mit einer breiten Mehrheit aus SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, soll es nun wieder aufgehoben, ausgesetzt oder „entrümpelt“ werden. Auf EU-Ebene hat die FDP es erreicht, dass die Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) lange Fristen für die Unternehmen vorsieht. Für sie sollen die entsprechenden nationalen Umsetzungsvorschriften erst ab dem 26.7.2027 gelten, und dann zunächst auch nur für sehr große Unternehmen. Weitere Änderungsvorschläge hat die EU-Kommission für Ende Februar d.J. angekündigt.

Daran, dass die Globalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen einhergehen muss mit einem wirksamen Schutz der Menschenrechte und der Umwelt, hat sich jedoch nichts geändert. Vor allem in vielen Ländern des Globalen Südens müssen Unternehmen

aus den verschiedensten Gründen keine Sanktionen befürchten, wenn sie Menschenrechte verletzen oder die Umwelt schädigen. Deshalb muss in den Lieferketten durch die Unternehmen im Globalen Norden dafür gesorgt werden, dass nur solche Produkte auf unsere Märkte gelangen, die unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und ohne Umweltschädigung hergestellt werden. Diese einfache Idee ist nicht immer einfach umzusetzen, aber mit dem verbindlichen Instrumentarium des Lieferkettenrechts lassen sich Verbesserungen erreichen.

Ein positives Beispiel dafür sind zwei Lieferkettenbeschwerden, die die Münsteraner **Christliche Initiative Romero (CIR)** und ich bei der **REWE Group** und **METRO Deutschland** in Bezug auf die guatemaltekischen Palmölunternehmen **Industria Chiquibul** und **Naturaceites** eingelegt haben. Diese Unternehmen betreiben große Palmölplantagen in Guatemala und exportieren das aus den Palmfrüchten durch Extraktion gewonnene Rohöl u.a. in die EU. Immer wieder haben guatemaltekische Medien und Nichtregierungsorganisationen von schweren Verstößen beider Unternehmen gegen grundlegende Menschenrechte der in den und um die Plantagen herum lebenden indigenen Bevölkerung und gegen arbeitsrechtliche Mindeststandards für die Beschäftigten berichtet. Die CIR prangert seit vielen Jahren schlimme Zustände in der Palmölwirtschaft Guatemalas an. Einen ersten persönlichen Eindruck davon konnte ich im Oktober 2023 bei einem Besuch der Palmölregion gewinnen, den ich in Begleitung zweier guatemaltekischer Nichtregierungsorganisationen unternommen habe.

Das LkSG gilt für Unternehmen/Konzerne mit mehr als 1000 Beschäftigten in Deutschland, also auch für die REWE und METRO. Es kann darüber hinaus aber auch viele andere

Unternehmen in der Lieferkette betreffen. Gilt das LkSG für ein Unternehmen, muss es im eigenen Geschäftsbereich, z.B. bei seinen Tochtergesellschaften, und bei seinen unmittelbaren Zulieferern eine menschenrechtliche und umweltbezogene Risikoanalyse durchführen. Wurde in der Risikoanalyse ein Risiko festgestellt, muss es unverzüglich angemessene Präventionsmaßnahmen ergreifen und Abhilfemaßnahmen veranlassen, wenn eine menschenrechtliche oder umweltbezogene Pflicht bereits verletzt wurde. In Bezug auf seine mittelbaren Zulieferer, mit denen es nicht durch vertragliche Beziehungen verbunden ist, muss das Unternehmen erst dann aktiv werden, wenn ihm tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die eine Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht möglich erscheinen lassen (substantiierte Kenntnis). Um Hinweise zu ermöglichen, muss das Unternehmen ein Beschwerdeverfahren einrichten oder sich an einem externen Beschwerdeverfahren beteiligen. Bei REWE und METRO gibt es ein unternehmensinternes Beschwerdeverfahren, das die CIR und ich genutzt haben, um die Unternehmen über die von uns ermittelten tatsächlichen Anhaltspunkte in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen seitens Industria Chiquibul und Naturaceites zu informieren.



In den indigenen Ortschaften, die ich besucht habe, wurden wir auf eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen dieser Unternehmen aufmerksam gemacht. Eines der gravierendsten Probleme ist die Verunreinigung der Gewässer, die zur Versorgung mit Trinkwasser, zum Baden, zum Waschen und für den Fischfang benötigt werden. Wir konnten in den Bächen und Flüssen, die wir aufgesucht haben, keine Fische entdecken. Immer

wieder wurde uns berichtet, dass es früher anders war. Nach Mitteilung unserer Gesprächspartner*innen gelangen bei Regen Pestizide und Rattengift, die in den Plantagen versprüht bzw. ausgelegt werden, in die Gewässer. Deshalb haben wir uns in den Lieferkettenbeschwerden bei REWE und METRO auf das menschenrechtliche Verbot der Gewässerverunreinigung nach § 2 Abs. 2 Nr. 9 LkSG konzentriert, das u.a. greift, wenn der Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser verwehrt wird.

Über Palmölmühlenlisten, die Mitglieder des **Round Table of Sustainable Palmoil (RSPO)**, einer internationalen Zertifizierungsorganisation, veröffentlichen, Internetrecherchen und Nachfragen hat die CIR zur Vorbereitung der Beschwerden ermitteln können, dass u.a. REWE-Waren mit Palmöl von Industria Chiquibul und METRO-Waren mit Palmöl von Industria Chiquibul und Naturaceites im Angebot hatten. Das LkSG verpflichtet die Unternehmen nicht zu Transparenz ihrer Lieferketten.

Unsere Beschwerden endeten mit einem positiven Ergebnis. METRO hat uns im Oktober 2024 darüber informiert, das Unternehmen habe unsere Hinweise mit seinen Lieferanten besprochen, die mitgeteilt hätten, dass sie ihre Lieferbeziehungen zu Industria Chiquibul und Naturaceites bereits eingestellt hätten. REWE hat uns im November 2024 darüber informiert, ein unmittelbarer Zulieferer habe versichert, kein Palmöl von Industria Chiquibul in für REWE bestimmte Waren zu verarbeiten. Der andere Zulieferer habe entschieden, keine Ware mehr von Industria Chiquibul zu beziehen, weil das Palmölunternehmen keine Bereitschaft gezeigt habe, sich mit den Vorwürfen auseinanderzusetzen. Unsere Gesprächspartner*innen in Guatemala haben die Entscheidungen mit großer Zufriedenheit aufgenommen.

SPD Regierungsprogramm 2025

Mit diesem Programm, das am 11. Januar 2025 vom außerordentlichen Bundesparteitag in Berlin beschlossen wurde, geht die Partei in die Wahl zum Bundestag am 23. Februar 2025. Es umfasst 66 Seiten und gliedert sich in 4 Hauptkapitel. Das letzte steht unter der Überschrift: **Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende**. In der Einleitung zu diesem Kapitel von S. 57 bis 65 heißt es: „Wir setzen dabei auf einen Dreiklang aus Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik. Internationale Solidarität und die universelle Geltung der Menschenrechte gehören zu den Grundpfeilern der Sozialdemokratie“. Thematisiert werden Freiheit und Sicherheit, ein starkes und handlungsfähiges Europa, die europäischen Interessen in der Welt sowie eine gerechte Welt. Hier geht es vor allem um das sozialdemokratische Verständnis von Entwicklungspolitik, von der gesagt wird, dass sie „einen wichtigen Beitrag (leistet), Menschen in Ländern des Globalen Südens wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Perspektiven zu schaffen. Neben der Zusammenarbeit mit Regierungen setzen wir insbesondere auf die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung privatwirtschaftlichen Handelns“. Multilateralismus sei ein Grundpfeiler für Frieden und Wohlstand, aber es brauche Reformen der multilateralen Organisationen. Gefordert werden ein eigenständiges Entwicklungsministerium, mindestens 0,7 % ODA, die Einführung einer Milliardensteuer und Hilfen für hochverschuldete Länder. Es geht um strategische Partnerschaften, robuste Lieferketten, regelbasierte, diskriminierungsfreie globale Handelsregime, die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, eine faire Beteiligung an der internationalen

Klimafinanzierung und die sozial-ökologische Transformation.

Alles in allem, ein anspruchsvolles Programm, das Lust auf SPD machen soll. Abgesehen von dem offenen Votum der Wählerschaft kommt einem auch vor dem Hintergrund der Trump'schen Disruptionspolitik die bange Frage, was am Ende des Tages aus dem hehren Streben nach mehr Multilateralismus, Demokratie und internationaler Solidarität werden wird.
Reinhard Hermle

Link zum SPD-Wahlprogramm:

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf



KURZNACHRICHTEN

Keine Demokratie ohne starke Zivilgesellschaft!

Gemeinsames Statement zivilgesellschaftlicher Dachverbände am 14. Februar 2025

Mit großer Sorge beobachten acht wichtige Dachverbände gemeinnütziger Organisationen aus unterschiedlichen Bereichen der deutschen Gesellschaft zunehmende Forderungen aus dem politischen Raum, gemeinnützige Organisationen in ihrer Arbeit einzuschränken. Anstatt ihre wichtige Rolle in vielen Lebensbereichen anzuerkennen, erleben sie ihre Infragestellung, Vorstöße zur Aberkennung ihres Status der Gemeinnützigkeit, Diffamierung ihrer Arbeit oder deutliche Kürzung von Fördermitteln. Zivilgesellschaftliches Engagement sei Ausdruck der Beteiligung und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie - ein zentraler Bestandteil einer offenen Gesellschaft, in der Vielfalt und Mitbestimmung nicht als Bedrohung, sondern als Stärke verstanden werde.

Link zum Statement der Dachverbände:

<https://venro.org/presse/detail/keine-demokratie-ohne-starke-zivilgesellschaft>

17. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Entwicklungsministerin Svenja Schulze hat im Dezember 2024 den 17. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung vorgelegt. In einer Zeit, die von wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Umbrüchen gekennzeichnet ist, setzt die deutsche Entwicklungspolitik einen klaren Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit, multilaterale

Zusammenarbeit und Partnerschaften. Der Bericht unterstreicht die Bedeutung der Förderung von Frauen und Mädchen in Projekten der internationalen Zusammenarbeit sowie die Stärkung partnerschaftlicher Kooperationen, um die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 gemeinsam zu erreichen.

Mehr Informationen:

<https://www.bmz.de/de/aktuelles/entwicklungspolitischer-bericht-der-bundesregierung>

Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestags zu Afghanistan

Das im Sommer 2022 eingesetzte Gremium aus elf Abgeordneten und elf Sachverständigen hatte den Auftrag, das deutsche Engagement in Afghanistan im gesamten Zeitraum von 2001 bis 2021 zu untersuchen und Lehren daraus für die künftige Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik zu ziehen. Der Einsatz sollte als verzahnte Operation von militärischen, polizeilichen, diplomatischen, entwicklungspolitischen und humanitären Instrumenten im Kontext internationaler Friedensmissionen realisiert werden. Die Kommission hat am 27. Januar 2025 ihren Abschlussbericht – wie es heißt – in großer Sachlichkeit und gegenseitiger Wertschätzung erarbeitet und verabschiedet.

Nach Einschätzung von Almut Wieland-Karimi, Senior Politikberaterin, war der Afghanistan-Einsatz ein überambitioniertes Projekt, dem eine kohärente Strategie und ein realistisches Erwartungsmanagement fehlte. Das schnelle Vorrücken der Taliban sei unterschätzt worden. Die Zahl der Todesopfer bei diesem Regimewechsel sei relativ gering

geblieben. Einen weiteren Auslandseinsatz dieser Größenordnung außerhalb Europas werde es auf absehbare Zeit nicht geben. In Pakistan und Iran saßen noch Tausende Afghaninnen und Afghanen fest, die eine Aufnahmezusage in Deutschland, aber noch keine Sicherheitsprüfung hätten. Diese dürften nicht im Stich gelassen werden.

Zum Abschlussbericht:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/145/2014500.pdf>

Symposium anlässlich des 140. Jahrestags der so genannten Berliner "Afrika-Konferenz"

Am 29./30. Januar fand auf Einladung der Deutschen Afrika Stiftung (DAS) in Kooperation mit der Universität Daressalam und dem Afrika-Haus Berlin in der Niederlassung der KfW ein Symposium statt, das an die Berliner "Afrika-Konferenz" von 1884/85 erinnern sollte. Vertreter der damaligen Kolonialmächte diskutierten und entschieden auf Einladung von Reichskanzler Otto von Bismarck über die Regeln für die weitere Aufteilung des afrikanischen Kontinents. Vertreterinnen oder Vertreter aus Afrika waren dazu nicht eingeladen. Dass der Berliner "Afrika-Konferenz" 140 Jahre später in einem hochrangigen Rahmen gedacht wurde, hielt Bärbel Kofler, Parl. Staatssekretärin im BMZ für bedeutend und mehr als notwendig. „Denn diese Konferenz war ein abscheulicher Schlüsselmoment des Kolonialismus, der dazu führte, dass in den folgenden 20 Jahren 80 Prozent des afrikanischen Kontinents in Kolonialreiche und Protektorate gegliedert wurden. Auch heute gibt es noch Auswirkungen der Berliner Afrika-Konferenz“.

Beispielhaft: Viele **Machtgefälle**, die heute in der Welt existieren, seien auf den europäischen Kolonialismus zurückzuführen; **Ungleichheit** vergrößere sich, die 22 reichsten Männer weltweit besäßen gleich viel Vermögen wie alle Frauen Afrikas zusammen; noch immer seien viele der Länder gerade auf dem afrikanischen Kontinent vor allem **Rohstofflieferanten**. Die Wertschöpfung finde - wie schon in kolonialen Zeiten - anderswo statt.



Vom Pilotvorhaben zum Reallabor für Kommunen – 10 Jahre Connective Cities

Als Connective Cities 2014 zur Auftaktveranstaltung nach Leipzig einlud, war noch nicht absehbar, dass dieser neue Ansatz des internationalen Fachaustausches unter kommunalen Praktiker*innen so gut angenommen werden würde. Inzwischen hat sich ein Netzwerk aus circa 3.500 Fachleuten in über 700 Städten und 100 Ländern gebildet. Viele Projektideen wurden entwickelt und detailliert ausgearbeitet. Aus Arbeitsgruppen wurden Think Tanks und Kommunen zu Reallaboren für die Umsetzung innovativer Projekte.

Weitere Informationen:

<https://www.connective-cities.net/aktuelles/vom-pilotvorhaben-zum-reallabor-fuer-kommunen>

Ein Koordinator für faire Beschaffung in Remscheid

Die Stadt Remscheid ist hoch verschuldet. Dass das kein Hinderungsgrund sein muss, das Beschaffungswesen im „Stadtkonzern“ nachhaltig und fair auszurichten, davon ist Simon Siedlaczek überzeugt. Als Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik hat er sich zur Aufgabe gemacht, alle kommunalen Bereiche für das Themenfeld „Fairer Handel“ zu sensibilisieren und nachhaltige Beschaffungsstrukturen zu schaffen. Seine Personalstelle wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) gefördert.

Zum Interview:

<https://skew.engagement-global.de/im-fokus-detail/2025-interview-koordinator-simon-siedlaczek-remscheid.html>

AUS DER ARBEIT DES FORUM EINE WELT

Jahresklausur

Am 31. Januar fand in Düsseldorf die Jahresklausur des Forum Eine Welt der NRWSP statt. Auf Einladung von Inge Blask, MdL, SPD-Sprecherin im Landtags-Ausschuss „Europa und Internationales“ tagten wir im Clubraum des Landtags. Inge hieß die Anwesenden willkommen. Reinhard dankte Inge und Philip herzlich für die Einladung und die Organisation des Treffens. Er sah darin Wertschätzung der Forumsarbeit und Ausdruck der guten Zusammenarbeit. Er wies auf den besonderen historischen Kontext der Klausur hin: Ampel-Aus; Ergebnis der US-Wahlen; Kriege in Ukraine, Nahost, Sudan/Kongo,



Bundestagsneuwahl am 23. Februar. Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik stünden unter großem Druck.

Klaus Brückner, langjähriger Eine-Welt-Beauftragter in der NRW-Staatskanzlei, referierte über „Entwicklungspolitik in wendigen Zeiten. Was heißt das für uns in NRW?“ Er strukturierte seinen Input in die historische Ausgangslage, derzeitige Situation und den weiteren Weg. Klaas Janowsky, Social Media-Referent beim Eine-Welt-Netz-NRW,

berichtete über die Erfahrungen mit der Nutzung der verschiedenen social media und bot Rat und Erfahrungsaustausch an.

Arbeitsschwerpunkte 2025: Kommunale EZ (v.a. mit Blick auf NRW-Kommunalwahlen im September); Parlamentarische Initiativen unterstützen; EZ in NRW wieder stärken/Antrag an LPT); Lieferkettengesetz; junge Menschen erreichen/Koop. mit Landesjusos; bessere Kommunikation/Instagram nutzen.

Alle 5 bisherigen Vorstands-Mitglieder (Sanae Abdi, Reinhard Hermle (Vors.); Gabriela Schmitt, Marko Siegesmund, Ullrich Sierau) wurden einstimmig bestätigt, ebenso John Contenius einstimmig als sechstes Vorstandsmitglied gewählt. Rasmus Chaikowski wurde als Beauftragter für Social Media in den Vorstand kooptiert.

Erfreulicherweise haben sich in den letzten Monaten mehrere jüngere Genoss*innen für die Arbeit des Forum interessiert und zur Mitarbeit bereit erklärt.

Nach 4-stündiger konzentrierter Arbeit wurde die Klausur beendet.

Erklärung des Forum Eine Welt der NRWSPD zum Tabubruch von Friedrich Merz, CDU, am 29.01.2025

Es ist umfassend erforscht und dokumentiert, wie der deutsche Faschismus entstand und wie die Nationalsozialisten an die Macht

gekommen sind: Durch freie Wahlen, Propaganda, mit Hilfe fehlgeleiteter konservativer Politiker, die glaubten, das Übel einhegen zu können, unterstützt von mächtigen Wirtschaftskreisen, bejubelt von einem Volk, das nach einem verlorenen Krieg zutiefst verunsichert war und dem eine neue großartige Zukunft versprochen wurde.

Aus wahltaktischen Gründen hat der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz am 29. Januar sehenden Auges der AfD, einer in Teilen gesichert rechtsextremen Partei, erstmalig den Weg zur Mehrheitsbeschaffung im Deutschen Bundestag geebnet. Diese konnte ihr Glück kaum fassen. Merz hat damit jede Glaubwürdigkeit verloren und jeden Kredit verspielt, Kanzler des demokratischen Deutschland zu werden.

Als Forum Eine Welt der NRWSPD, das für Weltoffenheit, solidarische internationale Zusammenarbeit, Mitsorge für das globale Gemeinwohl und Antirassismus steht, treten wir ein für eine von der demokratischen Mitte getragene Migrationspolitik, die sowohl völker- als auch europarechtliche Standards respektiert, vorrangig integrationsorientiert ist und zugleich Fluchtursachen entwicklungspolitisch bekämpft. Dabei sind allerdings die Ängste und Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen und die Belastungsbereitschaft und -fähigkeit von Gesellschaft und Staat darf nicht überdehnt werden.

Es gilt nun, alle Kräfte zu mobilisieren, um am 23. Februar ein Ergebnis zu erzielen, das die Brandmauer gegen Rechts festigt und mit einer starken SPD den Fortbestand unserer liberalen und sozialen Demokratie sichert.

Düsseldorf, 31. Januar 2025

MATERIAL/MEDIEN

Erwartungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2025

In einem 17seitigen Positionspapier beschreibt der Dachverband der entwicklungspolitischen NRO in Deutschland, VENRO, die Erwartungen seiner Mitglieder an die Parteien zur kommenden Bundestagswahl am 23. Februar. **Zentrale Forderung: Verantwortung für eine gerechtere Welt übernehmen.**

Diese stehe vor großen Herausforderungen. Die verheerenden Auswirkungen der Klimakrise, wachsende Ungleichheiten und eine Vielzahl von Konflikten und geopolitischen Spannungen würden die Politik der zukünftigen Bundesregierung maßgeblich bestimmen. Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe leisteten einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung dieser globalen Probleme. Deutschland habe zudem eine historische und ethische Verantwortung, wenn es um das Eintreten für die Menschenrechte und die Überwindung von Not, Armut und Ungleichheit gehe.

Link zum Positionspapier:

https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapier/VENRO_Positionspapier_Bundestagswahl_2025_WEB.pdf

Oxfam-Bericht zu sozialer Ungleichheit

Anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos im Januar hat Oxfam seinen neuesten Bericht zur sozialen Ungleichheit veröffentlicht. Dieser zeigt, dass das Vermögen der Superreichen in rasantem Tempo zunimmt, während es kaum Fortschritte bei der weltweiten Armutsbekämpfung zu verzeichnen gibt. Der

wachsende Einfluss von Superreichtum in Wirtschaft und Politik vergrößere die Kluft der sozialen Ungerechtigkeiten und könnte laut Oxfam zur Gefahr für demokratische Grundprinzipien werden.

Zum Oxfam-Bericht:

<https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/oxfams-bericht-sozialer-ungleichheit-milliardaersmacht-beschaenken>

ZUM MITMACHEN/VERANSTALTUNGEN

Im „Fairbruary“ für nachhaltigen Konsum sensibilisieren

Fairtrade Deutschland hat für Februar 2025 die Kampagne „Fairbruary“ ausgerufen. Ziel der Aktion ist es, das Bewusstsein für fairen Handel zu stärken und die Menschen zu ermutigen, im Alltag bewusst auf fair gehandelte Produkte zu setzen. Egal, ob beim Einkaufen, Kochen oder Schenken – der ganze Monat steht im Zeichen des nachhaltigen Konsums. Die Kampagne bietet Infomaterial und Druckvorlagen für Poster und Sticker, die dabei helfen, den Fair-Trade-Gedanken zu verbreiten. Macht mit!

Mehr dazu unter:

<https://www.fairtrade-towns.de/news/news-detail/fairbruary-2025-macht-mit>

Wettbewerb: Hauptstadt des Fairen Handels 2025



Es ist wieder
soweit: Ab
Mitte März

2025 geht der Wettbewerb der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) „Hauptstadt des Fairen Handels“ in die zwölfte Runde. Gesucht werden dann wieder zukunftsweisende Ideen und Projekte sowie nachahmungswürdige Struktur- und Beschaffungsmaßnahmen aus dem Themenfeld „Fairer Handel und Faire Beschaffung“. Ganz gleich, ob Newcomer oder langjährig engagiert – Städte, Gemeinden und Landkreise aus ganz Deutschland sind eingeladen, sich mit ihren Aktivitäten für den Hauptstadttitel in drei Größenkategorien zu bewerben. Bewerbungen müssen spätestens bis zum 30. Juni 2025 eingereicht werden.

Mehr Informationen zum Wettbewerb:

<https://skew.engagement-global.de/wettbewerb-hauptstadt-des-fairen-handels.html>

Impressum Newsletter

Dieser Newsletter erscheint unregelmäßig im PDF-Format und wird herausgegeben von der NRWSPD,

Kavalleriestr. 12, 40213 Düsseldorf

Redaktion: Dr. Reinhard Hermle

Bei Interesse an einer Aufnahme in den Verteiler des Forums Eine Welt NRW bitte Mail an: info@nrwspd.de

Instagram: [forumeinewelt.nrw](https://www.instagram.com/forumeinewelt.nrw)